

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Sprennhaus 6. — Telefon 720.

Abgabepreis: Die 4-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expeditions: Am Sprennhaus 6. — Telefon 720.

Nr 57 | Mittwoch, den 9. März 1921 | 12. Jahrgang

Düsseldorf und Duisburg besetzt.

Der Einmarsch der Entente-Truppen in Düsseldorf und Duisburg.

Düsseldorf, 8. März. Französische Kavallerie und Panzerautos haben in den frühen Morgenstunden die Außenviertel der Stadt besetzt.

Elberfeld, 8. März. Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf, daß heute nacht zwischen 4 und 5 Uhr englische und französische Truppen dort eingetroffen sind. Gegen 6 Uhr früh trafen ungefähr ein Duzend Flieger der Entente über dem Rhein und dem bisher unbefetzten Gebiet zwischen Düsseldorf und Duisburg. Bald darauf zogen Kavallerie, Maschinengewehrabteilungen und Infanterie in schwerster Ausrüstung ein. Die Franzosen haben vorläufig die Führung, aber auch Engländer und Belgier sind vertreten. Ein Teil der Truppen schwenkte über Kaiserswerth süßlich vom Rhein nach Duisburg. Die Truppen besetzten in Düsseldorf die einzelnen Stadtviertel und den Bahnhof. Sie wurden in Schulen und Kasernen untergebracht. Die Offiziere bezogen Quartiere in den Hotels. Die Sipo tut weiter in Düsseldorf Dienst, allerdings ohne Waffen. Der Verkehr und der Telephondienst nach dem linksrheinischen Gebiet sind augenblicklich unterbrochen. Die Bevölkerung verhielt sich bisher sehr zurückhaltend. Zwischenfälle sind bisher noch nicht eingetreten.

Düsseldorf, 8. März. 7.30 Uhr abends. In der Stadt liegen nur französische Truppen. Es bestätigt sich nicht, daß die Besetzung über Düsseldorf hinaus ausgedehnt wurde. Die Verbindung zwischen Düsseldorf und Duisburg wird durch Kavalleriepatrouillen aufrecht erhalten.

Düsseldorf, 8. März. Das Kommando über die alliierten Truppen in Düsseldorf hat der französische General Degante (der bisher in Mainz kommandiert hat. D. Red.) um 12 Uhr von ihm die Spitzen der Stadtverwaltung und der staatlichen Behörden empfangen. In der Mittagsstunde sind noch zwei britische Marinefahrzeuge auf dem Rhein eingetroffen.

Düsseldorf, 8. März. Das Oberkommando der alliierten Besatzungstruppen hat eine Proklamation erlassen, die u. a. bestimmt: Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Die Ordnung darf unter keinen Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden und die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Kein Streik wird geduldet. Zeitungen, Flugblätter, Flugschriften, Anschlagzettel usw. überhaupt sämtliche für das Publikum bestimmten Schriftstücke dürfen allein mit vorheriger Genehmigung des Ortskommandanten verteilt oder angeschlagen werden. Post-, Telefon- und Telegraphenverkehr erleiden keine Unterbrechung, jedoch sind sie einer Kontrolle unterworfen. Weiter bestimmt die Verordnung, daß sämtliche Waffen und Munition innerhalb von 12 Stunden abgeliefert werden müssen.

Düsseldorf, 8. März. In der Kunstakademie fand eine Besprechung statt, an der ein französischer und ein belgischer General teilnahmen. Heute nachmittag wird der Belagerungszustand aufgehoben. Es wird mitgeteilt, daß Düsseldorf von Engländern und Belgiern, vorzugsweise aber Franzosen besetzt werden soll. Der Einmarsch der Besatzungstruppen hat sich ohne jede Störung vollzogen. Die Bevölkerung benimmt sich mäßig. Der Telegraphen- und Telephondienst befindet sich außerhalb von Beschränkungen im Verkehr mit unterrheinischen Gebieten ungehindert. Heute bleiben die Theater, Kinos, Konzertlokale usw. geschlossen.

Duisburg, 8. März. 7.40 Uhr abends. Um 2 Uhr nachmittags hat die Besetzung der Stadt durch die Franzosen begonnen und ist bisher ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Post- und Telegraphenämter sind besetzt.

Koblenz, 8. März. Die interalliierte Rheinlandkommission hat zwei neue Verordnungen Nr. 76 und 77 erlassen, die sofort in Kraft treten. Nach Verordnung 76 tritt die Telephon- und Teleferenzen durch die Besatzungsbehörden während eines Zeitraumes von acht Tagen, der immer wieder um dieselbe Zeit verlängert werden kann, in Kraft. Ebenso werden die Nachrichten, die sich auf Bewegungen der Truppen beziehen, unter diese Zensur gestellt. Die Verordnung 77 bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle bei Wagnahme werden. Weitere Bestimmungen hat sich die interalliierte Rheinlandkommission vorbehalten. Bis auf weiteres werden die bisherigen Zölle erhoben. Die Zollverwaltung, die der deutschen Ein- und Ausfuhr dient, und der Dienst zur Verhütung der Kapitalflucht, der in den besetzten Gebieten eingerichtet ist, wird einem Befehl der interalliierten Rheinlandkommission unterstellt.

Berlin, 8. März. Die heute im Reichstag versammelten parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete haben einmütig was folgt erklärt: Die von den gegnerischen Mächten angeordnete Errichtung eines besonderen Zollgebiets am Rhein würde eine offensichtliche schwere Verletzung des Versailler Friedens bedeuten. Die Errichtung eines solchen Zollgebiets würde nicht, wie der Versailler Frieden als Bedingung für eine solche Maßregel vorsieht, den Interessen des besetzten Gebietes dienen, sondern im Gegenteil diese Interessen auf das schwerste schädigen. Aber auch die Errichtung eines besonderen Zollgebiets und die damit unzweifelhaft verbundene Schädigung der besetzten Gebiete wird die Bevölkerung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterlande nicht wankend machen.

Die Abgeordneten haben zugleich einen Aufruf in demselben Sinne an die Bewohner der besetzten Gebiete erlassen.

London, 8. März. Die deutsche Delegation hat London um 2 Uhr nachmittags im Sonderzuge verlassen.

Berlin, 9. März. Die das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wird heute abend 9 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts in Gegenwart des inzwischen aus London zurückgekehrten Reichsministers Dr. Simons stattfinden. Vor der großen politischen Aussprache im Reichstage werden die auswärtigen Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages gehört werden.

Berlin, 8. März. (W. L. B.) Die Botschafter in London und Paris und der Gesandte in Brüssel sind nach Berlin beufen worden.

London, 8. März. Bei Darlegung des Ergebnisses der Londoner Konferenz im Unterhause sagte Lloyd George, den Truppen sei schon Befehl erteilt worden, die angegebenen Zonen zu besetzen. Weiter seien Anweisungen gegeben worden, die besten Methoden zur Anwendung der anderen Sanktionen in Erwägung zu ziehen. Die Befehle müsse es ermöglichen, daß jeder Käufer deutscher Ware in den alliierten Ländern einen Teil des Kaufpreises an die eigene Regierung abzahle. Lloyd George behauptete, diese Frage als Sanktion behandeln zu müssen, während sie ein Teil irgendeines zu schließenden Abkommens hätte sein können. Es würden die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß deutsche Güter auf dem Umwege über die Neutralen eingeführt werden. (Es ergibt sich also das größte Schauspiel, daß die Entente-Regierungen die Wiedergutmachungsleistungen von ihren eigenen Bevölkerungen einziehen werden. D. Red.)

Eine deutsch-französisch-englische Arbeiterkonferenz für die Reparationsfrage.

Wie die Berliner „Freiheit“ mitteilt, ist in einer Besprechung des Zentralkomitees der U. S. P. D. mit Vertretern der französischen Partei in Ausführung eines Vorschlages des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs beschlossen worden, in nächster Zeit eine deutsch-französisch-englische Arbeiterkonferenz einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage und der gegenwärtigen Krise befassen wird.

Die Ankunft des Präsidenten des Danziger Hafenrats.

Gens, 8. März. Der zum Präsidenten des Verwaltungsrates des Hafens und der Wasserwege von Danzig gewählte schweizerische Oberst de Regnier gedenkt sein Amt am 19. März in Danzig anzutreten. Er hat sich am Dienstag abend vorerst nach Paris begeben, wo er mit dem Danziger Senatspräsidenten Sahn, der sich gegenwärtig dort aufhält, zu einer Besprechung zusammentreffen wird.

Die preußische Sozialdemokratie lehnt die Regierungsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei ab.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages erörterte gestern die Frage der Regierungsbildung und sagte einstimmig folgende Entschliessung: Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages ist bereit, die alte Regierungskoalition fortzusetzen und lehnt einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen scharfen bekämpfen. Wie die Blätter dazu bemerken, scheint danach also der Plan einer möglichen Koalitionsbildung im Reiche und in Preußen endgültig gescheitert zu sein.

Der Londoner Wendepunkt.

Das Ergebnis der Londoner Wiedergutmachungskonferenz konnte nach dem Ultimatum der Entente von Donnerstag nicht mehr zweifelhaft sein. Gleichviel, ob man den Alliierten, zumal den Engländern, überhaupt eine ernsthaftige Verhandlungsabsicht zubilligt, oder ob man voraussetzt, daß die Gegner es von vornherein zum Bruch kommen lassen wollten, so war jedenfalls der Gegensatz zwischen den Forderungen, deren Annahme der deutschen Regierung kategorisch zugemutet wurde, und den deutschen Gegenanträgen so groß, daß eine Verständigung, falls nicht eine der beiden Parteien reiflos ihren Standpunkt aufgeben wollte, unmöglich zu erwarten war. So sind nun also die angebotenen „Sanktionen“ in Kraft getreten und die Ententeheere aufs neue in Marsch gesetzt worden.

Damit hat die Weltgeschichte einen neuen, wichtigen Wendepunkt überschritten. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandsvertrages im November 1918 hat Deutschland zum erstenmal Forderungen seiner Gegner abgelehnt, und wenn auch diese Ablehnung zunächst lediglich eine moralische Bedeutung hat, so darf sie dennoch um so weniger unterschätzt werden. Der gute Wille des deutschen Volkes, seinen anerkannten Verpflichtungen nachzukommen, ist durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles und des Abkommens von Spa und durch die inzwischen bereits unter den allerschwersten Opfern erfolgten materiellen Wiedergutmachungsleistungen einwandfrei dokumentiert worden, und im neutralen Ausland, soweit sich dort die Bevölkerung von Parteilichkeit und nationalitätlicher Voreingenommenheit frei zu halten vermag, wird dieser kundgegebene gute Wille sicherlich nicht seinen Eindruck verfehlen, zumal in Anbetracht des körperlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs des deutschen Volkes infolge von Krieg und Blockade. Heute ist die Tragweite des deutschen „Nein“ noch lange nicht zu überschauen. Aber vielleicht wird dem Londoner Wendepunkt in seinen Folgen einst für Deutschland eine ähnliche außerpolitische Bedeutung zukommen, wie sie in der politischen Revolution von 1918 zu suchen ist.

Die nunmehr spruchreif gewordene Frage lautet: „Soll das Völkertum auch weiterhin nach den Grundzügen von Macht und Gewalt geregelt werden, oder sollen künftig Rechtsgrundsätze und sittliche Forderungen das Völkertum beherrschen?“ Wer hätte es noch vor einem Jahrzehnt für möglich gehalten, daß wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung in Deutschland in absehbarer Zeit in so weitem Umfange durchgeführt werden würden, wie es heute bereits der Fall ist! Was die Zermürbung der kapitalistisch-imperialistischen Formen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben dieses einen Landes, die sich auch in der Denkwelt und Gesinnung des ganzen Volkes ausgeprägt hatte, bereits zumeist gebracht hat, muß sich aber nach dem Londoner Wendepunkt auch in nicht allzu ferner Zeit in der ganzen Weltvölkergemeinschaft durchsetzen. Wir haben gewiß auch in Deutschland noch einen weiten Weg bis an das Ziel zurückzulegen, an dem der demokratische Sozialismus zur Wirklichkeit wird, aber die ersten entwicklungsfähigen Keime sind gelegt, und die kulturellen und ethischen Strömungen, die hier nach Durchbruch ringen, können der künftigen weltpolitischen Entwicklung immerhin als Wegweiser dienen.

Die Rede, in der Lloyd George am Montag die Verantwortlichkeit der „Sanktionen“ begründete, beleuchtet höchstartig die ganze Schwäche der Stellung der Alliierten. Lloyd George betonte, daß die Deutschen bei Durchführung der Pariser Beschlüsse in diesem Jahre an alle Alliierten den Gesamtbetrag von 125 Millionen Pfund Sterling abzuführen haben würden, während Großbritannien allein in das Vierfache dieser Summe aufbringen müsse. Es kann ihm doch unmöglich verborgen geblieben sein, daß die Finanzkraft des grenzenlos verarmten Deutschland in gar keinen Vergleich zu der des reichen England gesetzt werden kann. Er wies dann darauf hin, daß die Anerkennung der ausschließlichen Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg, die bekanntlich im Versailler Vertrage gewaltsam abgepreßt worden ist, den Fundamentalsatz des Friedensvertrages bilde, und daß die Alliierten die Befürchtung hegten, daß die Frage der Verantwortlichkeit den Deutschen später einmal als Revisionsergrund des Friedensvertrages dienen könnte. Diese Befürchtung ist jedoch von Simons unter dem treffenden Hinweis zurückgewiesen worden, daß Deutschland ja die Schuldverpflichtung als Ganzes übernommen habe und bereit ist, ihr bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit nachzukommen.

Es mag immerhin — wie an dieser Stelle schon vor einer Woche ausgeführt wurde — denkbar sein, daß auch die Gegenanträge und Verhandlungsmethoden der deut-

schen Delegation, die ja ziemlich einseitig zusammengesetzt gewesen ist, berechneten Anlaß zu Ausstellungen gegeben haben. Westpolitische Schicksalsfragen lassen sich eben nicht nach Schachergrundlagen lösen, und große politische und wirtschaftlich ausschlaggebende Kreise sind heute auch in Deutschland noch immer in den Anschauungen befangen, nach denen im wirtsch. Weltkriege deutsche Auslandsinvestitionen getrieben wurde. In dieser Erkenntnis hat auch die Sozialdemokratie den geschichtl. Inhaber der Einheitsfrontsumme weit von sich gemessen, weil sie allen Grund hat, sich nicht abermals mit der Mitverantwortlichkeit für die Kapitalinteressen der Bourgeoisie zu belasten.

Schwer wird zweifellos die Lage unserer Stammesbrüder in den neu belebten Gebieten werden. Von den wirtschaftlichen Folgen, die dem einzelnen nicht so stark zum Bewußtsein kommen, soll hier gar nicht einmal geredet werden, auch nicht von den erhöhten Abhängigkeiten für den Unterhalt der Besatzungsbehörden und -truppen. Aber die Verantwortlichkeit im belebten Inforbeinhalten Gebiete, das Demotivationsverbot von Presse und Versammlungsverbot, die Passschwierigkeiten, die gewaltige Verschärfung der abnehmenden noch erschütterten Wohnungsnot, die Unterbindung von Kooperationsfreiheit und Freizügigkeit, die Militarisierung des gesamten öffentlichen Verkehrs sind ein paar gerade herausgegriffene Momente, die man wohl auch in neu belebten Gebiete bald erheblich zu spüren bekommen wird. Es fragt sich eben nur, wie lange es dauern wird bis die wirtschaftliche Schädigung Deutschlands durch die Zwangsmaßnahmen auch die Entente-Länder ergreifen wird. Im gleichen Augenblick, in dem der französische und englische Kapitalismus nachteilige Wirkungen verspüren werden, sind auch die „Ententeländer“ unheilbar, und das braucht gar nicht einmal sehr lange zu dauern. Dann aber sind neue Verhandlungen nicht mehr in dem Geiste möglich, in dem sie bisher geführt worden sind.

Die englische Politik hat heute noch ihre guten Gründe, Frankreich historische Rivalitäten auf dem europäischen Kontinent zu überlassen. Es muß freie Hand gegenüber seinem gefährlichsten amerikanischen Konkurrenten behalten, es muß souverän die heimliche Gegenkraft Amerikas und Japans zur Festigung seiner Weltbeherrschung ausüben, es muß ungehindert seine imperialistischen Ziele im Orient verfolgen können, und es muß sogar sein Doppelspiel mit Rußland erfolgreich weiterführen, mit dem es einen vorteilhaften Handelsvertrag anstrebt, während es den bolschewistischen Heeren in Asien feindselig gegenübersteht. Hier zeigt sich das imperialistische System in einer Hochzeitsfeier, der schließlich doch nur die Säugnis folgen kann.

Einstweilen wird Deutschland das Echo des neuen Weltstreites der Mächte in der Welt abwarten. Die Sozialdemokraten bilden heute mit veränderter Aufmerksamkeit auf die Arbeiterchaft der andern Länder und behaupten heute ganz besonders lebhaft, daß gerade in diesem weltgeschichtlichen Moment die sozialistische Internationale noch gespalten ist. Es müßte unleres Erachtens der Einsicht und dem guten Willen der sozialistischen Führer in allen Ländern gelingen, angesichts ihrer bevorstehenden großen Aufgaben zum mindesten eine Aktionsgemeinschaft herzustellen. An Fronten der großen ausländischen Arbeiterorganisationen gegen die Zwangsmaßnahmen der Entente-Regierungen gegen Deutschland fehlt es schon heute nicht. Die deutsche Arbeiterchaft hat wiederholt ihren Wunsch ausgedrückt, am Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete mitzuwirken und dadurch eine nicht nur materielle, sondern auch moralische Wiedergutmachung zu leisten. Sie hat aber auch mit allem Nachdruck auf die rasch zunehmende Verelendung des Proletariats seit dem Versailler Fiktiv hingewiesen. In der Denkschrift des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ an die Regierungen und Völker der Entente über „Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterchaft und die Beschlüsse der Pariser Konferenz“ ist mit kurzgefaßter Eindringlichkeit, wie weit heute die Einkommensverhältnisse der deutschen Arbeiterchaft hinter den Lohn einer nur bescheidenen Lebenshaltung zurückgefallen, wie stark Krankheiten und Seuchen, besonders die Tuberkulose, sich ausbreiten, und wie heute bereits infolge der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles und des von circa 2 1/2 Millionen Arbeitern über eine halbe Million — also etwa ein Viertel — ganz oder teilweise arbeitslos sind.

Die Gewerkschaftsinternationale hat ja bereits ihren Willen zu einer Beeinflussung der geschaffenen Lage kundgegeben, und sie ist immerhin ein Machtfaktor, der im Weltwirtschaftlichen entscheidend ins Gewicht fällt. Von dem Wendepunkt in London muß eine neue Weltordnung ausgehen, zu deren Schaffung allein die Arbeiterchaft fähig ist. Auch außerhalb des Deutschen Reiches wird man diese Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Die kommenden Vorgänge werden einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Neugestaltung des Völkerlebens im Sinne des sozialistischen Gemeinschaftsideals bedeuten. Die Ententebourgeoisie hat in London gesprochen, jetzt hat die internationale Arbeiterchaft das Wort!

Oberschlesien.

Von Ray Cohen.

Am dritten Märztag wird in Oberschlesien abgestimmt, und zwar entsprechend der letzten getroffenen Entscheidung des Obersten Rates, an einem Tage für alle Stimmberechtigten, gleichgültig, ob diese in Oberschlesien wohnen, oder ob sie nur zur Stimmabgabe in ihre Heimat kommen. Unter dem Druck der Pariser Beschlüsse und der Schwere der in London gefällten Entscheidung ist die ober-schlesische Frage ein wenig in den Hintergrund getreten. Das ist zwar verständlich, aber man tut dennoch gut, gerade jetzt, da was nur noch zwei Wochen vom Wahlen abtrennen, auf die große Bedeutung des 20. März für die deutsche und ober-schlesische Zukunft hinzuweisen und allen Stimmberechtigten zu wünschen, daß es auf jede einzelne Stimme ankommt und daß niemand der das ober-schlesische Leben nicht verstanden, keine wirtschaftliche Lage und

vernünftigen helfen will, für Polen stimmen darf. Trotz der leider nicht immer geschickten deutschen Propaganda (man wäre eine offizielle deutsche Propaganda niemals geschickt gewesen) sind die deutschen Ausichten günstig, wenn alle, die abstimmen dürfen, zur Stelle sind und die letzten Tage noch einmal dazu benutzt werden, kurz und bündig (die zu diesem Zwecke ausgehenden Flugblätter können nicht knapp genug gefaßt sein) das in den Vordergrund zu stellen, worauf es ankommt. Wenn das geschieht, so werden auch sehr viele Oberschlesier, die polnisch sprechen, dennoch ihre Stimme für das weitere Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland in die Urne legen.

In aller Kürze sei hier noch einmal auf die wichtigsten der Gründe hingewiesen, die gegen die Trennung Oberschlesiens von Deutschland sprechen. Rohle und Eisen bilden die Hauptgrundlage der ober-schlesischen Wirtschaft. Wenn auch angenommen werden kann, daß es der ober-schlesischen Rohle in keinem Fall an Abnehmern fehlen wird, so ist das bei seiner Eisenindustrie keineswegs der Fall. Wenn sie aufrechterhalten werden soll, so braucht Oberschlesien das übrige Deutschland, sowohl zum Abfluß seiner Fertigfabrikate als auch zur Beschaffung der nötigen Eisenenergie. Die in Polen selber vorhandenen Erze sind recht eisenarm, auf das russische Produktionsgebiet ist nicht zu rechnen, die schwedischen Erze sind für die polnische Galsina nahezu unerschwinglich, so daß Oberschlesien geradezu zwingend auf die Siegerländer und die übrigen westdeutschen Eisenenergie angewiesen ist. Rohstoffbezug wie Abfuhrmöglichkeiten kann der ober-schlesischen Eisenindustrie nur Deutschland bieten, Polen kann es nicht, es ist nicht in der Lage, den Niedergang dieser für das ober-schlesische Leben so wichtigen Industrie zu verhindern; denn es wird nicht einmal die der Eisenindustrie notwendigen Betriebsmittel wie Maschinen und die sonstigen Apparate zu liefern vermögen.

Der in der polnischen Republik vorhandene Nahrungsmittelmangel ist sehr viel größer als in Deutschland; man darf ihn ohne Ubertreibung eine mitleidige Hungersnot nennen. Von der früheren innerrussischen Lebensmittelzufuhr ist Polen abgeschnitten, da die Russen selber nichts haben; die früher zu Deutschland gehörenden Gebiete Polens und Westpreußens aber sind auch nicht in der Lage, den russischen Anfall zu decken. Hebräische Nahrungsmittel aber einzuführen, wird durch den Tiefstand der polnischen Währung so gut wie unmöglich. Diese Wertlosigkeit der polnischen Mark wird eines der stärksten für Deutschland wirkenden Argumente sein. Wir müssen, daß auch die deutsche Mark stark an Kaufkraft eingebüßt hat, der polnischen Mark gegenüber aber steht sie geradezu als ein Riese da. Dazu kommt noch, daß der in den amtlichen Notierungen mitgeteilte Kurs der polnischen Mark meist viel höher ist, als ihr wirklicher Wert, den man durchschnittlich nicht höher als auf den zwanzigsten Teil der deutschen Mark, also auf ganze fünf Pfennige festsetzen darf. Und trotz allen Weisheits der Vorstände nachstehenden polnischen Blätter, die von dem niedrigen Stand als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen, müssen die Oberschlesier mit einer so niedrigen Kaufkraft der polnischen Mark auf lange Zeit hinaus rechnen, und sie dürfen sich durch eine zeitweilige Besserung nicht täuschen lassen. Nicht allein, daß die vor kurzem vom polnischen Finanzminister in Warschau gehaltenen Reden von einer auf Jahre hinaus dauernden Valutastabilisierung sprechen, ein polnisches Blatt, der „Kurjer Polski“ vom 17. Januar d. J., gab sogar zu, daß auch die Gewinnung Oberschlesiens die Lage Polens nicht verbessern könne.

Ein weiterer für das Verbleiben bei Deutschland sprechender Grund, der neben der Schwindsucht der polnischen Mark, besonders für die Arbeiterchaft von ausschlaggebender Bedeutung ist, ist die in Polen vorhandene allgemeine Wehrpflicht. Die gibt es in Deutschland nicht mehr. Die ober-schlesischen Männer und Jünglinge, die am 20. März ihre Stimme für Polen abgeben, stimmen zugleich dafür, daß sie als Soldaten in die polnischen Kasernen einzutreten, und nicht nur das. Die imperialistische gerichts herrschenden Schichten des neuen Polens schreien in ihrem nationalstolischen Übermaß Ausdehnungsdrang keineswegs davon zurück, mit den vorhandenen Soldaten nun auch Krieg zu führen. Die jüngste Vergangenheit hat das deutlich gezeigt. Die für Polen abstimmen Frauen und Mütter müssen also auch daran denken, daß sie ihre Männer und Söhne dadurch in die gar nicht so fernliegende Wahrscheinlichkeit versetzen, ihr Leben für den polnischen Imperialismus in die Schanze zu schlagen. Es wird sicherlich nicht zuletzt dieser Grund gewesen sein, der den kommunistischen Redakteur und Stadtrat in Katowitz, Spekt, veranlaßt hat, eine Schrift herauszugeben, in der er seine Parteifreunde auffordert, für Deutschland abzustimmen.

Auf polnischer Seite weiß man, daß die wirklichen Tatsachen, von denen hier einige genannt wurden, der Sache der Polen nicht günstig sind. Deshalb versucht man es in der letzten Zeit wieder mit Einschüchterungen, indem man mit Unruhe droht, die für den Tag der Abstimmung zu erwarten seien. Man wird allen zur Abstimmung Berechtigten sagen müssen, daß sie sich durch polnische Drohungen nur ja nicht ins Wackelhorn setzen lassen sollen. Auch hier wird das alte Sprichwort Geltung behalten, daß wer so laut brüllt, nicht behält. Die Polen werden es sich bei ihrer großen Abhängigkeit von den anderen Staaten hundertmal überlegen, bevor sie das Abstimmungsergebnis durch gemessene Eingriffe zu forcieren versuchen werden. Und es ist auch wenig wahrscheinlich, daß sie nach erfolgter, für sie ungünstiger Abstimmung, versuchen werden, mit militärischer Gewalt ein Gebot zu nehmen, das freiwillig nicht zu ihnen gekommen hat. Bereits am 24. Januar d. J., hat Herr Morawski, Katowitz, in einem Artikel des „Bormärts“ aufgeschrieben, welche Part zu bevorzugen und nicht alle die Schreckensreden zu glauben, die von den polnischen Propagandisten verbreitet werden. Die polnischen Propagandisten können sich nicht vorstellen, daß die von der polnischen Regierung verbreiteten Reden, die die polnische Arbeiterchaft zu dem Wunsche verleiten, die polnische Arbeiterchaft zu verlassen, und sich der deutschen Arbeiterchaft anzuschließen, nur ein Mittel sind, um die polnische Arbeiterchaft zu dem Wunsche zu verleiten, die polnische Arbeiterchaft zu verlassen, und sich der deutschen Arbeiterchaft anzuschließen.

Ruhe und Ordnung im großen und ganzen am 20. März nicht gestört werden wird, auch wenn hier und da ein Zwischenfall sich ereignen würde. In jedem Falle wird man mit Sicherheit annehmen dürfen, daß kein deutschgestimmter Oberschlesier, aus Furcht vor polnischen Drohungen, auf die Reize und die Abgabe seiner Stimme verzichtet wird. Deutschland rechnet darauf, daß die deutschen Oberschlesier und Oberschlesierinnen, ohne jede Ausnahme, dafür sorgen werden, daß Oberschlesien Deutschland erhalten bleibt. Oberschlesien gehört geschichtlich und wirtschaftlich zum deutschen Mutterlande. Nur in Verbindung mit der gesamten deutschen Wirtschaft werden seine produktiven Kräfte sich in der alten Weise entfalten und vermehren können, und nur wenn das Band mit Deutschland nicht zerrissen wird, ist Oberschlesien in der Lage, seinen Teil zum Wiederaufbau Gesamt-europas mitbeizutragen.

Telegrammnachsendungen für Abstimmungs-berechtigte nach Oberschlesien.

Breslau, 7. März. Um den Abstimmungsberechtigten die Möglichkeit zu geben, während der Hin- und Rückreise Telegramme nachgeschickt zu bekommen, ist mit der Oberpostdirektion Breslau vereinbart worden, daß alle Telegramme für Abstimmungsberechtigte in Sonderzügen in Breslau und Reize gegen Quittung an den Vertreter des deutschen Schutzbundes auf dem Bahnhof übergeben werden. Die Anschriften der Telegramme müssen enthalten: 1. Namen des Empfängers, 2. die Nummer des Sonderzuges, 3. Breslau oder Reize als Empfangsort, 4. Namen des Absenders und Abgangsort. Aus technischen Rücksichten konnten nur diese beiden Telegrammabgabestationen eingerichtet werden. Jeder Stimmberechtigte muß eine von diesen Stationen betreten. Der Absender muß sich bei der örtlichen Stelle der Vereinigten Verbände erkundigen, ob der Sonderzug, in dem der Adressat fährt, über Breslau oder Reize geht. Die Vertreter des deutschen Schutzbundes werden an den Sonderzügen eingeschlossene Telegramme ausrufen lassen. Wenn sich die Empfänger nicht, so bleiben die Telegramme bei den Bahnsteigleitern liegen und können dort von den Reisenden, die aus irgendeinem Grunde ihren Sonderzug nicht benutzen konnten, abgeholt werden. Nach Beendigung des allgemeinen Hin- und Rücktransportes werden die Telegramme, die nicht angebracht werden konnten, durch die Post als unbestellbar dem Absender wieder zugestellt.

Die belgischen Sozialisten als Stützen des Ententeimperialismus.

Zur Besetzung Düsseldorf durch belgische Truppen auf Befehl der belgischen Regierung sagt der „Bormärts“: Um die Durchführung der von der zweiten Internationale verurteilten Pariser Beschlüsse zu erzwingen, läßt das belgische Kabinett mit seinen vier sozialistischen Mitgliedern unter Durchbrechung des Friedensvertrages neue deutsche Städte besetzen. Auf der Wiener Sozialistenkonferenz hat der deutsche Unabhängige Dr. Hilferding, um die zweite Internationale zu diskreditieren, auf das Verhalten der belgischen Sozialisten den Pariser Beschlüssen gegenüber hingewiesen. So leid es uns tut, müssen wir sagen: Hilferding hat durchaus recht. Wir erwarten von dem Büro der Internationale, daß es zur Wahrung der Ehre der zweiten Internationale die nötigen Schritte aus diesem Verhalten der vier verantwortlichen belgischen Parteigenossen ziehe.

Die internationale Schiffsfahrtskrise.

Es ist für die weltwirtschaftliche Situation überaus bezeichnend, daß die Rückgänge der Schiffsfrachten einen geradezu trübseligen Charakter angenommen haben. Infolge der Abflachungen auf dem Rohstoffmarkt, steht einem sehr großen Angebot von Schiffsraum eine außerordentlich kleine Nachfrage gegenüber, und es ist nicht anzunehmen, daß dieses Verhältnis sich in der nächsten Zeit ändern wird. Es ist selbstverständlich, daß das enorme Nachlassen der Frachtraten die Preise der Schiffe selber so stark heruntergedrückt hat, daß im Ausland die Preise für alte wie für neue Dampfer fast wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht haben. Es nimmt daher durchaus nicht Wunder, daß das englische Schiffsamt für die den Deutschen fertiggenommenen Schiffe keine Käufer mehr findet, obwohl es den Preis von 20 Pfund Sterling für die Tonne auf 12 Pfund herabgesetzt hat. Man kann es daher recht gut verstehen, wenn man sich in England mit dem Gedanken trägt, nicht nur auf die weitere Lieferung deutschen Schiffsraumes zu verzichten, sondern sogar die Zurückgabe bereits ausgelieferter Schiffe in Erwägung zieht. Die Berechnung mit Deutschland würde dann natürlich so sein, daß die englischen Reeder kein schlechtes Geschäft dabei machen. Es scheint übrigens, als ob englische Schiffsfahrtslinien noch ein anderes günstiges Geschäft in Deutschland in Aussicht hätten: nämlich die Erlangung einer Konzession, die Auswanderung auf deutschem Boden zu betreiben. Das würde, in Anbetracht der großen Gewinne, die das Auswanderungsgeschäft abwirft, ein außerordentlicher Verlust für das deutsche Nationalökonomie sein, und man darf vielleicht hoffen, daß der Reichstag wie der Reichswirtschaftsrat dafür sorgen, daß diese Konzession, wie bisher, deutschen Schiffsfahrtslinien vorbehalten bleibt.

Abbruch des Generalstreiks in Stettin.

Stettin, 7. März. Als die hiesigen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gestern zur Abstimmung über den Generalstreik verlesen waren, drangen die Teilnehmer einer gleichzeitig im Garten des Lokals abgehaltenen, von kommunistischer Seite einberufenen Versammlung in den Saal ein. Es entstand eine allgemeine Schlägerei. Nachdem die Sicherheitspolizei die Ordnung wieder hergestellt hatte, konnte die Abstimmung durchgeführt werden. Sie ergab eine überwältigende Mehrheit für den Abbruch des Generalstreiks.

Gehaltsaufbesserung der Beamten.

Stadtverordneten-Sitzung vom 8. März 1921.

Das akademische Viertel war längst vorstrichen, als sich wenigstens so viele Stadtverordnete eingefunden hatten, daß die Versammlung eröffnet werden konnte. Ursache der schwachen Besetzung des Hauses war wohl die gleichzeitige Tagung des Volkstages. Der namentliche Aufruf ergab die Anwesenheit von 27 Stadtverordneten.

Für den ausgeschiedenen Dr. Neumann (D. V.) wurde Frau E. Sauerhering als Stadtverordnete eingeführt. Eine außerordentliche Prüfung der Adressenliste, der Zweigklasse und der Steuerklasse und eine Prüfung der Postaufnahmskarte der städtischen Hinterlegungskasse gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Eine Reihe von Kommissionsberichten erfolgte nach Vorlesung ohne Aussprache. Der Bericht über die Verhandlungen zwischen Fabrikweg-Hinterlegung und Fabrikweg wurde genehmigt. Der Lehrer Adolf Alay an dem Waisenhaus belauten wurde mit einem Ruhegehalt von jährlich 12 600 Mk. pensioniert.

Eine sonderbare Verhändlung

Führte zu einer längeren Aussprache. Der Magistrat beantragte: 1. die private Anwerbschule mit der städtischen Handelsschule zu verbinden; 2. die bisherige Inhaberin, die deutschnationale Stadtverordnete Frau v. Korfleisch als Handelslehrerin anzustellen; 3. für das Inventar der Schule 25 000 Mk. zu bewilligen.

Stadt. Genosse Lehrend hatte gegen die Übernahme der Schule keine Bedenken. Im Gegenteil, die sozialdemokratische Fraktion erstrebte die Verhändlung sämtlicher privaten Schulen. Auch das Inventar der Anwerbschule sei preiswert. Ganz entsetzt wandte er sich aber gegen die Übernahme der Inhaberin der Schule in städtische Dienste mit einem Jahresgehalt von 22 000 Mk., da der Gehalt dieser Frau als Beamter der Zollbehörde eine jährliche Einnahme von 24 000 Mk. hat. Gegen eine derartige Praxis lege die sozialdemokratische Fraktion im Interesse der Arbeitslosen schärfste Verwahrung ein.

Senator Dr. Strunk entgegnete, daß keine anderen geeigneten Lehrkräfte vorhanden sind; alle Vorurteile in dieser Beziehung seien erfolglos gewesen.

Stadt. Genosse Lehrend erklärte, daß doch nur der schlechte Geschäftsgang die Hebergabe der Schule veranlasse. In der Danziger Lehrerschaft würde sicherlich eine geeignete Lehrkraft zu finden sein. Im Prinzip sei die Sozialdemokratie nicht gegen verheiratete Lehrerinnen. Hier erhalte aber eine Kommittee ein großes Einkommen, während andere Kommittees ohne jede Erlöse sind.

Stadt. Scheller (Dnall.) trat für die Magistratsvorlage ein.

Stadt. Runge (N. E.) wandte sich gegen die Vorlage. Wenn der Mann ein auskömmliches Gehalt beziehe, sei es nicht notwendig, auch die Frau anzustellen.

Stadt. Genosse Forchert betonte, daß alle Gerechtigkeit auf den Kopf gestellt würde, wenn in dieser Zeit Mann und Frau als gut bezahlte Beamte angestellt würden.

Stadt. Falkenberg (Dnall.) versuchte die Vorlage damit zu verteidigen, daß diese Artzettel niemals städtische Zuschüsse erhalten habe und daß diese Schule mit einem Privileg verbunden sei.

Dem Antrag des Genossen Lehrend, über die einzelnen Forderungen der Vorlage getrennt abzustimmen, wurde von dem Bürgermeister Dr. Pail und Senator Dr. Strunk widersprochen mit dem Hinweis, daß die Vorlage ein unteilbar Ganzes bilde.

Stadt. Runge (N. E.) wies darauf hin, daß die Gewerkschaften und Kaufleute die Handelskassen nicht anerkennen. Sie seien lediglich Preisen. An Stelle der Anstellung möge der Preis für das Inventar erhöht werden.

Senator Dr. Strunk war der seitfamen Ansicht, daß die Hebergabe der Schule ohne Anstellung eine Sozialisierung ohne Gehaltsbedeutung bedeute. Die Anstalt sei die Lebensarbeit der Frau v. Korfleisch.

Stadt. Frau Rau (N. E.) war gegen die Anstellung. Jede Arbeiterfrau wird sofort aus der Arbeit entlassen, wenn der Mann Beschäftigung hat. Der Krieg hat die Lebensarbeit vieler Menschen zerstört.

Ein Schlußantrag des Stadt. Scheller machte der Debatte ein Ende. Mit 24 gegen 19 Stimmen wurde getrennte Abstimmung beschlossen. Die Hebergabe der Schule fand einstimmige Annahme. Für Anstellung der Frau v. Korfleisch stimmte die Rechte und ein Teil der Deutschen Partei. Das Stimmenverhältnis war 24 gegen 21. Eine nachmalige namentliche Abstimmung ergab das gleiche Resultat. Die Linke begrüßte das Ergebnis mit lautem Beifall, die Rechte mit Beifall. Die gleiche Mehrheit bewilligte auch die 25 000 Mark.

Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten.

Der Magistrat beantragte die Erhöhung der Ausgleichszulage für obenbenannte Personen um 20 Prozent. Die Aufwendung dafür beträgt für die Monate Januar, Februar, März 1 700 000 Mark.

Stadt. Weich (Str.) fragte an, ob auch die Taubstummenlehrer, die in der Vorlage nicht genannt sind, die Zulage erhalten. Ferner wünschte er zu wissen, ob auch für April der Zuschlag gesetzt wird. Bürgermeister Dr. Pail antwortete, daß auch die Taubstummenlehrer die Erhöhung des Ausgleichszulages erhalten. Jetzt könne nur für die Zeit bis zum 1. April beschlossen werden, da dann ein neues Statistikjahr beginne.

Stadt. Genosse Forchert war mit der Vorlage einverstanden, wünschte aber eine Aufklärung über die finanzielle Lage der Stadt. Stadt. Runge (D. V.) beantragte, daß die Gruppe 4 die gleichen Bezüge wie die Kreisstaatsbeamten erhalte.

Stadt. Genosse Grünhagen wünschte gleichfalls Aufklärung über die finanzielle Lage der Stadt. Sobald die städtischen Arbeiter Lohnforderungen stellen, werde nicht auf die schlechten städtischen Finanzen hingewiesen. Schon vor einem Jahr sei Aufklärung hierüber besprochen worden, aber noch nicht erfolgt. Idealerweise müßte man den Räumereinstausch über den Stand der Dinge unterrichten. Bei Lohnforderungen der Arbeiterklasse beweise das städtische Amt nicht, daß in Danzig die Teuerung nicht so groß ist, wie in anderen Großstädten. Jetzt habe man davon nichts gehört. Es sei zu hoffen, daß das städtische Amt in Zukunft auch bei Arbeiterforderungen so hilfsbereit verfare. Ein Teil der Beamten, der nur geringe Bezüge hat, befindet sich in einer Notlage. Bei den höheren Beamten und den Magistratsmitgliedern müßte dies aber bestritten werden. Durch die vielen Beamten wird die Existenz des städtischen Haushaltes gefährdet. Es ist gewagt, bei der jetzigen Unklarheit der Finanzen mit einer besonderen Zulage für alle Beamten zu kommen. Die sozialdemokratische Fraktion werde die Beschöpfung für die gut bezahlten Beamten nicht bewilligen.

Bürgermeister Dr. Pail erwiderte, daß die Vorlage auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen vorgelegt worden sei.

Eine Beamtenbesette.

Stadt. Runge (N. E.) wünschte, daß das städtische Amt den Arbeitern das gleiche Entgegenkommen beweise wie den Beamten. Die beurlaubten Beamten trieben schändlichen Schacher. Solange es ihnen hier gut geht, bleiben sie hier, um sich in schlechten Zeiten schamlos nach Deutschland verlegen zu lassen. Die Angestellten müßten lehrn, daß die Arbeiter der Beamten leisten, ohne die entsprechende Bezahlung zu erhalten.

Bürgermeister Dr. Pail: Die Arbeiter haben schon eine Aufbesserung erhalten. Das städtische Amt treibt keine Stimmungsmache.

Ein Antrag Grünhagen verlangt, daß die Zulage nur bis zu einem Gehalt von 24 000 Mark gezahlt wird.

Bürgermeister Dr. Pail erklärt diesen Antrag für ungeheißlich. Der Antrag betr. Gruppe 4 bringe eine Verzögerung der Auszahlung mit sich.

Stadt. Frau (N. E.) trat für den Antrag Grünhagen ein. Die Stadt habe jetzt schon eine Schuldenlast von 60-80 Millionen Mark zu tragen.

Stadt. Braun (Str.) hielt die Annahme der Magistratsvorlage für selbstverständlich und verteidigte die Beamten gegen die angeblichen Vorwürfe der Stadtverordneten Runge und Ruhn.

Stadt. Meike (Dnall.) versicherte, daß nicht finanzielle Vorteile, sondern Heimatkraue die Beamten veranlasse, auf ihrem Posten anzuharren.

Der Antrag Grünhagen wurde mit 26 gegen 15 Stimmen abgelehnt, der Antrag Ruhn einstimmig angenommen. Darauf die Magistratsvorlage gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Stadt. Genosse Grünhagen gab dann eine Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion nur deshalb gegen die Vorlage gestimmt habe, weil sie die Gehaltserhöhung der oberen Beamten nicht für gerechtfertigt halte.

Melner verehrten Kundschaft zeige ich ergebenst an, daß ich eine Preisermässigung für die **Hollando Margarine** habe eintreten lassen. Ich bitte von meinem überaus günstigen Angebot weitgehenden Gebrauch zu machen.

Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß die **Hollando Margarine** trotz des billigeren Preises die allgemein beliebte, unübertreffliche holländische Qualitätsware ist. - Nach wie vor ist die **Hollando Margarine** Eßbutter im wahrsten Sinne des Wortes. Täglich frischer Ausstich **12.25** pro Pfund. **„Hollando“**

Der Sternsteinhof.
Eine Vorgeschichte von Ludwig Anzengruber.
(Fortsetzung.)
11)
So fanden sich denn am Sonntag nachmittags die vier Leute im Alcebid. Hühner zusammen. Die beiden Bäuerinnen sahen sich gegenüber und sagten sich weder Viehes noch Viehes, sondern sprachen vom Wetter und vom Wirtschaften. Die Alcebidin, ihrer Ueberlegenheit bewußt, redete ein Vanges und Viehes, und die Hühnerin, ihrer Bescheidenheit gewohnt, warf kurze und schmale Bemerkungen. Jede beugte sich mehr respektvoll, als freundlich, sie sah meist vor sich nieder, lernt: Alcebidin sie nach Maderl, der ihr gegenüber saß und in Runge wandte. Er war der Einzige, den die Hühnerin nicht aufschaute, weil er sich ganz unerkennbar und glücklich sah.
Vom nächsten Tage ab galt es im Dorfe für ausgemacht, daß nunmehr alles zwischen dem Alcebid Maderl und der Hühnerin gelöst in Runge sei. Die Hühnerin blieb sich übrigens in ihrem Verhalten ganz gleich, wie die alte Alcebidin veranlaßt, immer nachdrücklicher mit dem Kopfe zu schütteln. Es eilte der Hühnerin garnicht, sich bei der Mutter Maderls einzuschmeicheln, sie wühlte deren Umgang nicht und hielt ihr bei Gelegenheiten gleichmäßig stand. So wie sie auch die Meinung des Alcebidin weder ermitte, noch ablehnte, so einem weniger gutwilligen hätte sie lieber das Scherchen verliert, sie verstand sich zu keiner Bitte und zu keinem Danke.
Galt es wieder oder Schickel abstrahieren so habe sie zu Maderl: „Du bist einmal wie frucht das windet! Sein doch recht beherrschende Leute, die so was verlangen müssen und du laßt die auch alle schlechte Kar' aufhängen.“ Oder wenn es sie noch irgend etwas veranlaßte, einem Schmeichler gegenüber und dorkel, so fragte sie: „Meinst du auch, daß das kein war' und nicht werden möcht?“
Er lachte denn davon, Runge und auch das Scherchen und Hühnerin herbeizulassen.
Sie lachte es dem Maderl gegenüber ab, sich von ihm nochmal in das Wirtschaften führen zu lassen. Er konnte eben nicht unter Leute und davon sei es schwer, mit ihm unter ihnen zu sitzen. Ein Alcebid

tag aber — das verricht sie — geht sie mit ihm auf den Tanzboden.
„O, du mein Gott,“ sagte die Alcebidin, „die Dirn hat ein' Stolz, wie ich nie 'glaubt hab' und je mehr der Fuß' unterdacht, je stolzer tut sie und mit allem stellt er sich zufrieden.“
Er stellte sich nicht zufrieden, er war es wirklich. Wieder wie ein, die sich zu gering acht'lt, muß ihm doch die Dirn sein, die sich vielleicht ein bißel 'hoch halt', aber doch mit zu gut für ihn. Runge, das tut sie mit. Er weiß ja, was ihm auf nächste Kirchweih' bevorsteht!
Es war noch ziemlich lange bis dahin.
V.
Dass ohne Mädchen gerne unheimbare neben sich duden, dürfte nicht schwer zu erklären sein und das Letztere sich den Ersteren aufdrängen, hat seinen Grund wohl darin, weil im Umgange mit einer so viel Umwundenen vielseitigere Aufschlüsse über das zu erwarten stehen, was nun einmal der großen Mehrzahl der Menschen das Interessanteste im Leben ist und bleibt, über das Vieben und Gelliebwerden. Daß sich die Minderhühner dabei auch mit der Hoffnung tragen, gelegentlich einen der herzwunden Abgewiesenen für sich in Beistand zu nehmen, mag im allgemeinen wohl nur eine boshafte, durch nicht begründete Anschuldigung sein.
Unter den Dirnen, die sich zu Beien' gestellten, war auch die Makner Sepherl. Die Fortschritte mit den wunderbaren Tugen wachte sich einschmeicheln, sie prüft so rücksichtslos die Schönheit der Kameradin und andererseits wühlte sie den Maderl nicht genug an haben, so daß sie es nur rechtchaffen recht fand, daß die Schönheit nicht mit einem der gemeinen Bauernweib', sondern mit einem so schöngeleiteten und schicklichen hause wolle; was ganz angenehm zu hören war.
Sepherl teilte auch mit Helene die neidische Bewunderung des Sternsteinhofes, während alle andern da unten am Fuße des Hügel's sich mit dem gefeingelegten Unterschiebe zwischen arm und reich schmeicheln und von seinem Wunschhütchen träumten, das sie aus den Hügel' verleben kannte.
Sepherl war schon zu älteren Malen auf dem reichen Hofe gewesen, sie hatte dort eine alte Waise, die, seit dem vor Jahren er-

folgten Tode der Bäuerin, dem Hauswesen vorstand; diese brave Schaffnerin tat sich nicht wenig auf ihre Bedeutung zugute, schätzte aber ganz richtig, daß sie selbe aber nur dem wädigt großen Anwesen verdanke und ließ sich bei günstiger Gelegenheit gerne dazu herbei, ein oder das andere Torckind darauf herumzuführen und zu verbläffen. Ein paar Mal hatten die beiden Dirnen die Mlle aufgesucht, ohne mehr als deren allerdings wohlwütliches Stöhnen vom ganzen, großen Sternsteinhof gesehen zu haben, dann aber wurden sie auf den nächsten Sonntag nachmittags geladen, wo die Herrenleute „aus' sein würden und auch wenig Bestände sich dabei halten werde.
Es war ein sonniger Herbstnachmittag, an dem die beiden Dirnen in Begleitung Maderls langs des Baches durch das Dorf schritten, bis wo in der Mitte desselben, der Kirche gegenüber, die Brücke über das Wasser und auf den Weg führte, der zum Sternsteinhof hinansteigt.
„Hüt dich Gott, Maderl,“ sagten die beiden, denn der war nicht geladen worden, und ihn mitbringen, wäre eine Unhöflichkeit gewesen. „Hüt dich Gott und laß' dir unterbeß' die Zeit nit lang werden.“
„Hät derwegen kein' Sorg',“ sagte er indem er sich auf das Brückengeländer stützte. „Unterhaltet euch gut.“
Helene war hochhaft genug, ihm ein „auch so viel“ zuzurufen, dann eilten die Dirnen mit sinken Füßen den Hügel hinan.
„Wirst sehen, Helen',“ leuchtete Sepherl, der es nicht gelingen wollte, den halben Schritt, den sie gegen die Kameradin zurückließ, einzubringen. „Wirst sehen, wie viel und was' s' all' da oben gibt; gang weg wirst sein darüber.“
Helene lächelte mit den geöffneten Lippen, zwischen denen sie im raschen Gehen die Luft einlog. Sie nahm sich, was, nicht „gang weg“ zu sein.
Aber was sind menschliche Vorsätze ungekannten und ungeahnten Eindrücken gegenüber? Die alte Schaffnerin empfing die beiden Mädchen mit herablassender Freundlichkeit, bewirtete sie mit einer Schale Kaffee, ein seltsames Getränk für Leute von da unten, das sollte die richtige Stimmung hervorbringen, denn keiner Maget macht trübe Augen, denn gang es an' „aufsehen“.
(Fortsetzung folgt.)

schon Delegation, die ja ziemlich einseitig zusammengesetzt gewesen ist, berechneten Anlaß zu Zustellungen gegeben haben. Weltpolitische Schicksalsfragen lassen sich eben nicht nach Schabergrundrissen lösen, und große politische und wirtschaftliche ausschlaggebende Kreise sind heute auch in Deutschland noch immer in den Anschauungen befangen, nach denen im mittelalterlichen Weltalter deutsche Auslands-politik getrieben wurde. In dieser Erkenntnis hat auch die Sozialdemokratie den geschichtlichen Einheitsfront-nimmern weit von sich gemessen, weil sie offen Grund hat, sich nicht abermals mit der Mitverantwortlichkeit für die Kapitalinteressen der Bourgeoisie zu belasten.

Schwer wird zweifellos die Lage unserer Stamms-brüder in den neubereinigten Gebieten werden. Von den wirtschaftlichen Folgen, die dem einzelnen nicht so stark zum Bewußtsein kommen, soll hier gar nicht einmal gesprochen werden, auch nicht von den erhöhten Finanzlasten für den Unterhalt der Verwaltungsbürokratie und -truppen über die Grenzbarkeit im belebten innerdeutschen Gebiete, das Damalschmerz von Proletariat und Verarmungs-verbot, die Paktstimmigkeiten, die gewaltige Verschärfung der absehbar kaum noch ersichtlichen Wohnungsnot die Unterbindung von Kooperationsstreik und Freizugigkeit, die Wiltardierung des gesamten öffentlichen Verkehrs sind ein paar gerade herausgegriffene Momente, die man wohl auch im neubereinigten Gebiete bald erheblich zu spüren be- kommen wird. Es fragt sich eben nur, wie lange es dauern wird, bis die wirtschaftliche Schädigung Deutschlands durch die Zwangsmaßnahmen auch die Ententeländer ergreifen wird. Im gleichen Augenblick in dem der französische und englische Kapitalismus nachteilige Auswirkungen verspüren werden, sind auch die „Ententionen“ unheilbar, und das braucht gar nicht einmal sehr lange zu dauern. Dann aber sind neue Verhandlungen nicht mehr in dem Maße möglich, in dem sie bisher getrieben worden sind.

Die englische Politik hat heute noch ihre guten Gründe, Frankreich diktorische Vollmachten auf dem europäischen Kontinent zu überlassen. Es muß freie Hand gegenüber seinem gefährlichsten amerikanischen Konkurrenten behal- ten, es muß souverän die heimische Regierbarkeit Amerikas und Japans zur Festigung seiner Weltmacht ausnutzen, es muß ungehindert seine imperialistischen Ziele im Orient verfolgen können, und es muß sogar sein Topspiel mit Rußland erfolgreich weiterzuführen, mit dem es einen vorläu- flichen Handelsvertrag anstrebt, während es den bolschewi- stischen Heeren in Asien feindlich gegenübersteht. Hier zeigt sich das imperialistische System in einer Hochstufe, die schließlich doch nur die Ruine folgen kann.

Einstweilen wird Deutschland das Cain des neuen Ge- waltstreiches der Mächten in der Welt abwarten. Die Sozialdemokraten bilden heute mit verächtlicher Ruhe- samkeit auf die Arbeiterchaft der andern Länder und be- dauern heute ganz besonders lebhaft, daß gerade in diesem weltgeschichtlichen Moment die sozialistische Internationale noch gespalten ist. Es mackelt uneres Erachtens der Einheit und dem guten Willen der sozialistischen Führer in allen Ländern gelingen, angesichts ihrer bevorstehenden großen Aufgaben zum mindesten eine Aktionsgemeinschaft herzu- stellen. An Vereinen der großen europäischen Arbeiter- organisationen gegen die Zwangsmaßnahmen der Entente- regierungen gegen Deutschland fehlt es schon heute nicht. Die deutsche Arbeiterchaft hat wiederholt ihren Wunsch ausgedrückt, am Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete mitzumachen und dadurch eine nicht nur materielle, sondern auch moralische Wiedergutmachung zu leisten. Sie hat aber auch mit allem Nachdruck auf die rasch zunehmende Verelendung des Proletariats seit dem Verlust der Arbeit hingewiesen. In der Verlehrtheit des „Allgemeinen deut- schen Gewerkschaftsbundes“ an die Reparationen und Wüster der Entente über die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterchaft und die Forderung der Pariser Konferenz ist mit unabweisbarer Eindringlichkeit, wie weit heute die Ein- kommensverhältnisse der deutschen Arbeiterchaft hinter den Kosten einer nur beschriebenen Lebenshaltung zurückgefallen, wie hart Krankheiten und Seuchen, besonders die Tuberku- lose, sich ausbreiten, und wie heute bereits infolge der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles und Spa von fast 20 Millionen Arbeitern über eine halbe Million — also etwa ein Viertel — ganz oder teilweise arbeitslos sind.

Die Gewerkschaftsinternationale hat ja bereits ihren Willen zu einer Beeinflussung der gekochten Lage fund- gegeben, und sie ist immerhin ein Wachstumsfaktor, der im Weltwirtschaftsleben entscheidend ins Gewicht fällt. Von dem Wendepunkt in London muß eine neue Weltordnung ausgehen, zu deren Schaffung allein die Arbeiterchaft fähig ist. Auch außerhalb des Deutschen Reiches wird man diese Entschlossenheit mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Die kommenden Vorgänge werden einen wesent- lichen Schritt auf dem Wege zur Neugestaltung des Völker- lebens im Sinne des sozialistischen Gemeinschaftsideals bedeuten. Die Ententebourgeoisie hat in London ge- sprochen. Jetzt hat die internationale Arbeiterchaft das Wort!

Oberschlesien.

Von Max Cohen.

Am dritten Märzfesttag wird in Oberschlesien abge- stimmt, und zwar entsprechend der letzten getroffenen Ent- scheidung des Obersten Rates, an diesem Tage für alle Stimmberechtigten gleichzeitig, ob diese in Oberschlesien wohnen, oder ob sie nur zur Stimmabgabe in ihre Heimat kommen. Unter dem Druck der Pariser Beschlüsse und der Schwere der in London gefällten Entscheidung ist die ober- schlesische Frage ein wenig in den Hintergrund getreten. Das ist zwar verständlich, aber man tut dennoch gut, grade jetzt, da wir nur noch zwei Wochen von Wahlen getrennt sind, auf die große Bedeutung des 20. März festzuhalten, und ober-schlesische Zukunft zu erwägen, und dabei Stimmungsberichtigungen zuzurufen, daß es auf jede Weise v- Stimmung ankornt und daß niemand, der das ober-schlesische Leben nicht verstanden hat, keine wirtschaftliche Seite mit-

vernichten helfen will, für Polen stimmen darf. Trotz der- leider nicht immer geschickten deutschen Propaganda (wenn wäre eine offizielle deutsche Propaganda jemals geschickt gewesen) sind die deutschen Ansichten günstig, wenn alle die abstimmen dürfen, zur Stelle sind und die letzten Tage noch einmal hagar benutzt werden, kurz und bündig (die zu diesem Zwecke auszugehenden Flugblätter können nicht knapp genug gefaßt sein) das in den Vordergrund zu stellen, worauf es ankommt. Wenn das geschieht, so werden auch sehr viele Oberschlesier, die polnisch sprechen, dennoch ihre Stimme für das weitere Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland in die Urne legen.

In aller Kürze sei hier noch einmal auf die wichtigsten der Gründe hingewiesen, die gegen die Trennung Ober- schlesiens von Deutschland sprechen. Kohle und Eisen bilden die Hauptgrundlage der ober-schlesischen Wirtschaft. Wenn auch angenommen werden kann, daß es der ober-schlesischen Kohle in keinem Fall an Abnehmern fehlen wird, so ist das bei seiner Eisenindustrie keineswegs der Fall. Wenn sie aufrechterhalten werden soll, so braucht Oberschlesien das übrige Deutschland, sowohl zum Abzug seiner Fertigfabri- kate und Rohstoffe wie auch zur Beschaffung der nötigen Eisenenergie. Die in Polen selber vorhandenen Erze sind recht eisenarm, auf das russische Produktionsgebiet ist nicht zu rechnen, die schwedischen Erze sind für die polnische Kohale nahezu unerschöpflich, so daß Oberschlesien geradezu zwin- gend auf die Siegerländer und die übrigen westdeutschen Eisenenergie angewiesen ist. Kohlenbezugs sole Abhängigkeits- verhältnisse kann der ober-schlesischen Eisenindustrie nur Deutsch- land bieten. Polen kann es nicht, es ist nicht in der Lage, den Niedergang dieser für das ober-schlesische Leben so wichtigen Industrie zu verhindern; denn es nicht einmal die der Eisenindustrie notwendigen Betriebsmittel wie Maschinen und die sonstigen Apparate zu liefern vermögen.

Der in der polnischen Republik vorhandene Nahrungs- mittelmangel ist sehr viel größer als in Deutschland; man darf ihn ohne Hebertreibung eine miltliche Hungernot nennen. Von der früheren innerdeutschen Lebensmittel- zufuhr ist Polen abgetrennt, da die Rußen selber nichts haben; die früher zu Deutschland gehörigen Gebiete Polens und Westpreußens aber sind auch nicht in der Lage, den polnischen Nachschub zu leisten. Heberdeutsche Nahrungsmittel aber einzuführen, wird durch den Mangel der polnischen Währung so gut wie unmöglich. Diese Wertlosigkeit der pol- nischen Mark wird eines der stärksten für Deutschland wir- kenden Argumente sein. Wir wissen, daß auch die deutsche Mark stark an Kaufkraft eingebüßt hat, der polnischen Mark gegenüber aber steht sie geradezu als ein Riese da. Dazu kommt noch, daß der in den amtlichen Notierungen mitge- teilte Kurs der polnischen Mark meist viel höher ist, als ihr wirklicher Wert, den man durchschnittlich nicht höher als auf den einzwanzigsten Teil der deutschen Mark, also auf ganze fünf Pfennige festsetzen darf. Und trotz allem Belahris der vorant- naheliebenden polnischen Blätter, die von dem niedrigen Stand als von einer vorübergehenden Ercheinung sprechen, müssen die Oberschlesier mit einer so niedrigen Kaufkraft der polnischen Mark auf lange Zeit hinaus rechnen, und sie dürfen sich durch eine zeitweilige Besserung nicht täuschen lassen. Nicht allein, daß die vor kurzem vom pol- nischen Finanzminister in Warschau gehaltenen Reden von einer auf Jahre hinaus dauernden Naturalschwindigkeit sprechen, ein polnisches Blatt, der „Kurier Polski“ vom 17. Januar d. J., gab sogar an, daß auch die Bemühung Oberschlesiens die Lage Polens nicht verbessern könne.

Ein weiterer für das Verbleiben bei Deutschland spre- chender Grund, der neben der Schwindigkeit der polnischen Mark besonders für die Arbeiterchaft von ausschlaggebender Bedeutung ist, ist die in Polen vorhandene allgemeine Verelendung. Die gibt es in Deutschland nicht mehr. Die ober-schlesischen Arbeiter und Bäuerlinge, die am 20. März ihre Stimme für Polen abgeben, können ungleich dafür, daß sie als Soldaten in die polnischen Reihen einzutreten, und nicht nur das. Die imperialistische gerichteten herr- schenden Schichten des neuen Polens sprechen in ihrem nationalstolischen Ausdehnungsdrang keineswegs davon würd, mit den vorhandenen Soldaten nun auch Krieg zu führen. Die jüngste Vergangenheit hat das deutlich gezeigt. Die für Polen abstimmen Frauen und Mütter müssen also auch daran denken, daß sie ihre Männer und Söhne da- durch in die gar nicht so fernliegende Wahrscheinlichkeit ver- setzen, ihr Leben für den polnischen Imperialismus in die Schanze zu schlagen. Es wird sicherlich nicht zuletzt dieser Grund gemeldet sein, der den kommunistischen Redakteur und Stadtrat in Katowitz, Speil, veranlaßt hat, eine Schrift herauszugeben, in der er seine Parteifreunde auffordert, für Deutschland abzustimmen.

Auf polnischer Seite weiß man, daß die wirtschaftlichen Tat- sachen, von denen hier einige genannt wurden, der Sache der Polen nicht günstig sind. Deshalb versucht man es in der letzten Zeit wieder mit Einschüchterungen, indem man mit Unruhe droht, die für den Tag der Abstimmung zu er- warten seien. Man wird allen zur Abstimmung Berech- tigten sagen müssen, daß sie sich durch polnische Drohungen nur ja nicht ins Packhorn jagen lassen sollen. Auch hier wird das alte Sprichwort Geltung behalten, daß, wer so laut brüllt, nicht beißt. Die Polen werden es sich bei ihrer großen Abhängigkeit von den anderen Staaten hundertmal über- legen bevor sie das Abstimmungsgerächis durch ein stilles Eingehen zu hinterlassen versuchen werden. Und es ist auch wenig wahrscheinlich, daß sie nach erfolgter, für sie unglück- licher Abstimmung versuchen werden, mit irgendwelcher Ge- walt zu intervenieren, das freilich, wie wir schon ge- sagt haben, am 20. Januar d. J. die Pariser Konferenz nicht möglich war. Ein Artikel des „Vorwärts“ unterzeichnet, mehrere Hundert unterschrieben, und nicht als die Entente- mächte, sondern als die ober-schlesischen Arbeiter und Bauern, enthält folgende Forderungen: „Wir fordern die Entente- mächte, die ober-schlesischen Arbeiter und Bauern, die in der Pariser Konferenz nicht vertreten waren, zu berücksichtigen, und wir fordern die Entente- mächte, die ober-schlesischen Arbeiter und Bauern, die in der Pariser Konferenz nicht vertreten waren, zu berücksichtigen, und wir fordern die Entente- mächte, die ober-schlesischen Arbeiter und Bauern, die in der Pariser Konferenz nicht vertreten waren, zu berücksichtigen.“

Ruhe und Ordnung im groben und ganzen am 20. März nicht gestört werden wird, auch wenn hier und da ein Zwei- schenfall sich ereignen würde. In jedem Falle wird man mit Sicherheit annehmen dürfen, daß kein deutschgefinnter Oberschlesier, aus Furcht vor polnischen Drohungen, auf die Reihe und die Abgabe seiner Stimme verzichtet wird. Deutschland rechnet darauf, daß die deutschen Oberschlesier und Oberschlesierinnen, ohne jede Ausnahme, dafür sorgen werden, daß Oberschlesien Deutschland erhalten bleibt. Ober- schlesien gehört geschichtlich und wirtschaftlich zum deutschen Mutterlande. Nur in Verbindung mit der gesamten deut- schen Wirtschaft werden seine produktiven Kräfte sich in der alten Weise entfalten und vermehren können, und nur wenn das Band mit Deutschland nicht zerrissen wird, ist Ober- schlesien in der Lage, seinen Teil zum Wiederaufbau Ge- samteuropas mitzubetragen.

Telegrammnachsendungen für Abstimmungs- berechnigte nach Oberschlesien.

Breslau, 7. März. Um den Abstimmungsberechnigten die Möglichkeit zu geben, während der Hin- und Rückreise Telegramme nachgeschickt zu bekommen, ist mit der Ober- polenbahn Breslau vereinbart worden, daß alle Tele- gramme für Abstimmungsberechnigte in Sonderzügen in Breslau und Neiße gegen Quittung an den Vertreter des deutschen Schutzbundes auf dem Bahnhof übergeben werden. Die Aufschriften der Telegramme müssen enthalten: 1. Namen des Empfängers, 2. die Nummer des Sonderzuges, 3. Bres- lau oder Neiße als Empfangsort, 4. Namen des Absenders und Abgangsort. Aus technischen Rücksichten konnten nur diese beiden Telegrammnachsendungen eingerichtet werden. Jeder Stimmberechnigte muß eine von diesen Stationen be- rühren. Der Absender muß sich bei der örtlichen Stelle der Vereinigten Verbände erkundigen, ob der Sonderzug, in dem der Adressat fährt, über Breslau oder Neiße geht. Die Vertreter des deutschen Schutzbundes werden an den Son- derzügen eingeschlossene Telegramme ausrufen lassen. Werden sich die Empfänger nicht, so bleiben die Telegramme bei den Bahnsteigleitern liegen und können dort von den Reisenden, die aus irgendeinem Grunde ihren Sonderzug nicht benutzen konnten, abgeholt werden. Nach Beendi- gung des allgemeinen Hin- und Rücktransportes werden die Telegramme, die nicht angebracht werden konnten, durch die Post als unbestellbar dem Absender wieder zuge- stellt.

Die belgischen Sozialisten als Stützen des Ententeimperialismus.

Zur Besetzung Düsseldorf durch belgische Truppen auf Befehl der belgischen Regierung sagt der „Vorwärts“: Um die Durchführung der von der zweiten Internationale verurteilten Pariser Beschlüsse zu erzwingen, läßt das belgi- sche Kabinet mit seinen vier sozialistischen Mitgliedern unter Durchbrechung des Friedensvertrages neue deutsche Städte besetzen. Auf der Wiener Sozialistenkonferenz hat der deutsche Unabhängige Dr. Hülserding, um die zweite Internationale zu diskreditieren, auf das Verhalten der belgischen Sozial- listen den Pariser Beschlüssen gegenüber hingewiesen. So leid es uns tut, müssen wir sagen: Hülserding hat durchaus recht. Wir erwägen von dem Büro der Internationale, daß es zur Wahrung der Ehre der zweiten Internationale die nötigen Schlüsse aus diesem Verhalten der vier verantwort- lichen belgischen Parteigenossen ziehe.

Die internationale Schiffsfahrtskrise.

Es ist für die weltwirtschaftliche Situation überaus be- zeichnend, daß die Rückgänge der Schiffsfrachten einen ge- radezu trübsinnigen Charakter angenommen haben. Infolge der Abflachungen auf dem Rohstoffmarkt, steht einem sehr großen Angebot von Schiffsraum eine außerordentlich kleine Nachfrage gegenüber, und es ist nicht anzunehmen, daß dieses Verhältnis sich in der nächsten Zeit ändern wird. Es ist selbstverständlich, daß das enorme Nachlassen der Frachtraten die Preise der Schiffe selber so stark herunter- gedrückt hat, daß im Ausland die Preise für alte wie für neue Dampfer fast wieder den Stand der Vorkriegszeit er- reicht haben. Es nimmt daher durchaus nicht Wunder, daß das englische Schiffsfahrtsamt für die den Deutschen fortge- nommenen Schiffe keine Käufer mehr findet, obwohl es den Preis von 20 Pfund Sterling für die Tonne auf 12 Pfund herabgesetzt hat. Man kann es daher recht gut verstehen, wenn man sich in England mit dem Gedanken trägt, nicht nur auf die weitere Lieferung deutschen Schiffsraumes zu verzichten, sondern sogar die Zurückgabe bereits ausgelie- felter Schiffe in Erwägung zieht. Die Berechnung mit Deutschland würde dann natürlich so sein, daß die englischen Reederei kein schlechtes Geschäft dabei machten. Es scheint übrigens, als ob englische Schiffsfahrtslinien noch ein an- deres günstiges Geschäft in Deutschland in Aussicht hätten: nämlich die Erlangung einer Konzession, die Auswanderung auf deutschem Boden zu betreiben. Das würde, in Unbe- tracht der großen Gewinne, die das Auswanderungsgeschäft abwirft, ein außerordentlich wertvoller Verlust für das deutsche Reichstag wie der Reichswirtschaftsrat dafür sorgen, daß diese Konzession, wie früher, deutschen Schiffsfahrtslinien vor- behalten bleibt.

Überbruch des Generalstreiks in Steffin.

Stettin, 7. März. Als die belgischen Betriebsräte und Ge- werkschaftsvertreter gestern zur Abstimmung über den Generalstreik erschienen waren, brangen die Teilnehmer einer erheblichen Anzahl der Delegierten abgekauften, von sam- m. Die Delegierten erschienen in den Saal um 10 Uhr und um allgemeine Schlichterei. Nachdem die Delegierten die Ordnung wieder hergestellt hatte, begann die Verhandlung um 11 Uhr. Sie ergab eine einstimmige Beschlüsse von dem Abbruch des Generalstreiks.

Verweigerung der polnischen Lebensmittellieferungen.

19. Sitzung des Danziger Volkstages

am Dienstag, den 9. März 1921.

Präsident Matkowiak eröffnet nach Eröffnung der Sitzung um 9 Uhr ein Protokollschreiben des Senats an den Oberkommissar gegen den früher mitgeteilten Wust der polnischen Eisenbahnverwaltung zur obersteinstufigen Abkündigung.

Senator Jemelowski verliest im Namen des Senats folgende Erklärung über

die Kritik in den Danzig-polnischen Verhandlungen:
Der Senat hält es für seine Pflicht, dem Hohen Hause folgende Erklärung zu unterbreiten:

Die Verhandlungen mit der polnischen Regierung auf Grund der Konvention vom 18. November 1920 haben dadurch eine Stodung erfahren, daß die zurzeit brennende Frage der Lebensmittelversorgung von der polnischen Republik nicht gelöst wird, ehe nicht von Danziger Seite wesentliche Zugeständnisse auf mehreren anderen Gebieten gemacht werden. Diese Zugeständnisse können, wenn Danzigs Wirtschaftsleben und Arbeitskraft nicht lahmgelegt werden sollen, in dem verlangten Umfang nicht gemacht werden. Inzwischen aber vor die Danziger Bevölkerung nicht verhungern. Polen hat nach Artikel 37 der Konvention die Verpflichtung übernommen, auf jede Weise Danzigs Versorgung mit Lebensmitteln zu erleichtern. Diese Verpflichtung darf nicht bilateral behandelt werden und nicht benutzt werden, um andere Fragen zu lösen.

Die Stodung der Lebensmittelversorgung.

Der Senat ist sich des Ernstes dieser Lage bewußt und hat unverzüglich beschlossen, die polnische Regierung nachdrücklich aufzufordern, ihren Verpflichtungen unabhängig vom Fortgange der übrigen Verhandlungen nachzukommen. Sollte diese Verpflichtung nicht erfüllt werden, so muß der Senat an den sofortigen Ankauf von Brot, Getreide und Kartoffeln aus dem Auslande herangehen. Die dadurch entstehende Mehrbelastung für die Bevölkerung ist eine überaus schwere. Die Maßnahme greift in die Lebenshaltung jedes einzelnen Staatsbürgers auf das tiefste ein. Mittel zur Beschaffung stehen dem Senat nicht zur Verfügung. Es ist daher notwendig, daß dieses Hohe Haus unverzüglich in Beratungen über die Vorlagen eintritt, die voraussichtlich in den nächsten Tagen dem Volkstag über die Bedeckung der entstehenden Ausgaben vorgelegt werden. Die allgemeine Darlegung der geplanten Deckungsvorlage wird der Herr Finanzsenator dem Hohen Hause vorlegen. Die Verhandlungen, die auf Grund der Konventionen eingeschlichen 13 Kommissarien werden durch die Regelung, der von der polnischen Regierung verlangten Zoll- und Wirtschaftsforderungen abhängig gemacht. So schwierig sich diese Verhandlungen anstellen haben, darf dennoch gehofft werden, daß es zu einer Verständigung kommen wird, sofern die polnische Regierung gemäß der abgegebenen Erklärungen wirklich bereit ist, die Lebensinteressen Danzigs zu wahren. Im jetzigen Stadium der Verhandlungen beschränke ich mich auf diese Erklärungen.

Ein Antrag des Abg. Rahn auf Vertagung der Sitzung um eine Stunde, damit die Parteien zu der Erklärung Stellung nehmen können wird abgelehnt. Rahn erhebt auch Beschwerde, daß die Fraktionen nicht schon früher über die Sachlage unterrichtet seien. Abg. Eriksen (Wid) kommt in einer längeren Erklärung auf die Gründe seines Austritts aus der Zentrumsfraktion zurück. Dem Vorstand der Zentrumspartei, der den Ausschluß Eriksens aus der Partei ausgesprochen hat, wirft er unwahrscheinliches Verhalten vor.

Darauf gibt Finanzsenator Dr. Volkmann nachstehende Erklärung über

Die Anführung von Mitteln zu Auslandskäufen:

Senator Jemelowski hat Ihnen im Auftrage der Regierung Mitteilungen über die Lage gemacht, in die wir durch den Verkauf der Warschauer Verhandlungen verwickelt werden sind, sowie über die Maßnahmen, die der Senat insgedessen zu ergreifen gewillt ist. Ich halte es für meine Pflicht, bei erster Gelegenheit der Allgemeinheit die Gedanken und Pläne darzulegen, nach denen ich dem Senat eine Vorlage machen würde, um die erforderliche

Deckung der Mehrausgaben durch die Lebensmittelankäufe herbeizuführen. Die polnische Regierung wird selbstverständlich durch den Senat nachdrücklich aufgefordert werden, ihre Verpflichtungen auf Grund des Artikels 37 der Konvention zu erfüllen. Die nüchternen Zahlen, die ich Ihnen jetzt nennen werde, greifen gewaltig in die Lebenshaltung eines jeden einzelnen.

Bis zur neuen Ernte wird hinsichtlich des Brotgetreides ein

Mehraufwand von 30 Millionen Mark

erforderlich sein. Sie müssen bedenken, daß jede Million eine Erhöhung des Brotpreises um 10 Pfennig bedeutet. Der jetzige Brotpreis von 2,40 Mark würde sich bei Deckung des Mehraufwandes von 30 Millionen auf 5,40 Mark erhöhen. Diese Zahl ist aufgestellt, unter der Voraussetzung, daß der Valutastand sich nicht vermindert. Ob dies aber im Hinblick auf die Londoner Verhandlungen nicht der Fall sein wird, ist sehr fraglich. Wir werden gut tun, mit einer höheren Zahl als 30 Millionen zu rechnen. Außerdem habe ich noch nicht die Kartoffeln erwähnt. Für Kartoffeln ist ein Mehraufwand von 7 1/2 Millionen Mark erforderlich. Der Kartoffelpreis kann meiner Ansicht nach nicht erhöht werden, weil dadurch die Armen der Armen am meisten betroffen würden. Der vorher erwähnte Betrag erhöht sich somit um weitere 7 1/2 Millionen Mark. Man wird sicherlich nicht fehlgehen, wenn man mit einem Mehraufwand von 40 Millionen rechnet. Von diesen 40 Millionen Mehraufwand muß ein Teil auf den Brotpreis gelegt werden. Ein weiterer Teil auf die Einkommen höherer Zensiten, und zwar in der Form, daß wir bei einem Einkommen von etwa 18 000 Mark bis zu dem Höchsteinkommen dieselben Staatszuschläge noch einmal erheben, die für das vergangene Jahr erhoben worden sind. Das ist eine gewaltige Belastung. Die Erhöhung von einer Mark ins Auge

fassen, so würde dann erst die Hälfte der Mehrausgaben gedeckt sein. Damit nun die Ausländer nicht auf Kosten der Danziger Bevölkerung billigeres Brot essen, habe ich erstens einmal für jeden Ausländer, der sich hier aufhält, eine Anmeldepflicht ins Auge gefaßt. Bei dieser Anmeldepflicht wird eine einmalige Rotumlage für Kartoffeln und Brotbeschaffung erhoben werden, die wöchentlich und monatlich abgeführt sein wird. Ferner sollen alle sich hier aufhaltenden Zensiten in Frage kommen, juristische Personen usw., die hier als Zweigniederlassung nicht vollbesteuert werden, nach der Kopfzahl ihrer Angestellten besteuert werden. Aber auch diese Maßnahmen werden den Bedarf nicht decken. Als Letztes soll noch eine Außenhandelsabgabe herangezogen werden, die nach neuen Grundätzen erhoben werden muß. Wenn auch der Handel über diese Maßnahmen seufzen wird, so werden sie sich doch nicht umgehen lassen; wir haben aber die Hoffnung, daß es sich nur um einen vorübergehenden Zustand handeln wird.

Abg. Rahn (Rom) bemängelt noch einmal, daß man das Haus über den schwierigen Stand der Dinge nicht früher unterrichtet hat. Abg. Ruhnert (Br) will wissen, ob die polnische Regierung in der Lebensmittelversorgung Danzigs bisher schon zuviel entgegenkommen gezeigt habe. Der Artikel 37 der Konvention verpflichtet nach seiner Auffassung die polnische Regierung zur Verhandlung über die Lebensmittelversorgung Danzigs, nicht aber zu Lieferungen.

Abg. Genosse Gohl: Mit diesen Regierungserklärungen ist das gesamte Haus überrascht worden. In der parlamentarischen Geschichte ist ein dergleichen Vorgehen einer Regierung unbekannt. Man hätte zum mindesten den Hauptausfluß über die schwerwiegende Sachlage unterrichten müssen. Nach den hier gegebenen Darstellungen muß man das Verhalten der polnischen Vertreter bei den Verhandlungen als Vertreterakt bezeichnen. Abg. Ruhnert stellt sich hier anscheinend als freiwilliger Regierungskommissar Polens. Unter der durch die polnischen Lieferungsverweigerungen entstehenden Ernährungsnot leiden die polnischen Mitbürger in Danzig ebenso wie wir und wird auch ihnen ein Brotpreis von 5,40 Mk. pro Kg. nicht erschwänglich sein. Für die Folge erwarten wir, daß uns die Regierung mit dergleichen Erklärungen nicht überläßt, damit wir rechtzeitig dazu Stellung nehmen können.

Abg. Eriksen (Wid) erklärt, daß er mit Rahn vielfach übereinstimme. Sein früherer Antrag auf durchgreifende Erlassung des Brotgetreides müßte nunmehr wieder aufgenommen werden. Die Zentrumsfraktion habe diesen bereits eingereichten Antrag Brückens zurückgezogen, als er aus der Fraktion ausgetreten sei. Tom Zentrum stehe die persönliche Bekämpfung Eriksens höher als das allgemeine Wohl.

2. Senatspräsident Dr. Rahn versucht die Vorwürfe bezüglich der Neberrückführung des Hauses durch die Erklärungen zu entkräften. Polen hat bisher die Lieferungsverpflichtung auf Grund der Konvention nie bestritten.

Abg. v. Puchmann (Pol): Die Ernährungsnot Polens ist selbst sehr groß. Die Regierung Gohl, daß Polen eine Exportkontingente treibe, hätte zur Klärung des Verhältnisses der polnischen Abgeordneten zur Sozialdemokratie beigetragen. Die polnische Fraktion werde ihre Stellungnahme zur sozialdemokratischen Fraktion ändern.

Senator Jemelowski: Polen will, ehe über die Lebensmittelversorgung Danzigs weiterverhandelt wird, erst einige Fragen wirtschaftlicher Natur geklärt haben. Wir können bis dahin nicht warten und müssen daher einige Notkäufe vornehmen. Danzig ist von Deutschland nur abgetrennt, um Polen einen Zugang zum Meere zu schaffen, und müsse Danzig daher auch von dem früheren deutschen Hinterlande versorgt werden.

Abg. Rau (H. S.) verleiht die Stellungnahme Polens mit dem Londoner Vorgehen der Alliierten.

Nach weiteren kürzeren Ausführungen schließt die Debatte.

Das Gesetz zum Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtungen

wird in 2. und 3. Lesung ohne Aussprache widerspruchsfrei angenommen. Ueber die Vorlage der Bewilligung von Mitteln zur Erhöhung des Ausgleichszuschlages der Kinderbeihilfen der Beamten und Angestellten

berichtet Genosse Woell. Im Hauptausfluß ist gegen die vom Senat angeforderten Geldmittel kein Widerspruch erhoben. Angefragt wurde, die nach bestehenden drei Ortssklassen fallen zu lassen und nur zwei, eine für Danzig und Umgebung, und die zweite für das übrige Landgebiet, einzuführen. Es liegen auch Wünsche auf Zusammenfassung in nur eine Ortssklasse vor. Bei der Neuregelung der Beamtengehälter sollen diese Forderungen geregelt werden. Die Vorlage wird darauf widerspruchsfrei angenommen. Ebenso auch das Gesetz betr. Anwendung der Zoll-Meißbegünstigung auf bisher nicht meißbegünstigte Länder. — Ein Gesetzentwurf über die Abänderung der Verordnung vom 8. Juni 1920 betr. Weiterentwicklung der Versicherungsanstalt geht auf Antrag des Genossen Gohl an den sozialen Ausschuss.

Eine längere Aussprache entwickelt sich über das Gesetz über

die Entschädigung der Mitglieder des Obergerichtes.

Abg. Rahn (Rom) will keinem bürgerlichen Gericht Mittel bewilligen. Die Richter des Obergerichtes brauchen keine besondere Entschädigung.

Abg. Genosse Len: Die Richter bei den Gewerbegerichten erhalten nur 8 Mark, die Schöffen 20 Mark; dagegen ist eine Entschädigung von 100 Mark an die Richter viel zu hoch. Wir beantragen daher, den Geh auf 50 Mark herabzusetzen. Das Obergericht hat sich für die Entschädigung geäußert, die jetzt festgesetzt werden muß. Das Landgericht hätte in einer Geschäftsverteilung entschieden, daß die Ansprüche der Angestellten auf Grund des Tarifvertrages entstehen, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen gestellt werden. Diesem unhaltbaren Standpunkt, der die Angestellten ihren Arbeitgebern ausliefert, ist das Obergericht unverständlichweise beigetreten.

Ein kommunistischer Antrag, im § 1 den Passus zu streichen, daß die Richter eine besondere Entschädigung erhalten sollen, wird abgelehnt.

Als darauf der sozialdemokratische Antrag auf Erhebung der Entschädigungsziffern im § 2 von 100 auf 50 Mark zur Besprechung kommt, erklärt

Abg. Rahn (Rom), daß jede Arbeit ihres Lohnes wert sei und man doch nicht feilschen solle. Als Genosse Meel mit: Wir verstehen diese Stellungnahme bei Abent, entgegen Rahn, daß ein Arbeitersekretär und Gewerkschaftsangehender zu demüthlich wäre, um Obergerichter zu sein! (Von den Bürgerlichen wird diese Raubische Weisheit schmunzelnd aufgenommen.)

Der sozialdemokratische Antrag auf Erhebung der Entschädigung auf 50 Mark wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Bürgerlichen abgelehnt und darauf auch die Vorlage in dritter Lesung verabschiedet.

Für Reduzierung der Eisenbahnfahrpreise bei Bedarf als Kostandbeiträge werden 80 000 Mark angefordert. Rahn dem Bericht des Kommissars Ruhnert wird der Betrag der Vorräte mit der Mahgabe, daß das armenreiche Land auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages nur an minderbemittelte Personen zum Getreide- und Futtermittelankauf verpackt werden soll. Die Sitzung schließt gegen 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr. Tagesordnung: Eingaben, kleine Anfragen.

Danziger Nachrichten.

Danzigs künftige Lebensmittelnot

stand in der gestern stattgefundenen Sitzung des Volkstages, über die unsere Leser einen Bericht an anderer Stelle finden, wieder einmal in ihrer fast tragischen Bedeutung im Mittelpunkt der Beratungen. Der Senat hatte es für notwendig erachtet über das kritische Stadium der Danzig-polnischen Verhandlungen eine Erklärung durch den Senator Jemelowski abgeben zu lassen. Mit Recht bemängeln. Infe, daß derartige inhaltsschwere Mitteilungen den Fraktionen nicht bereits vorher offenbart worden sind. Enthielt doch die Erklärung des Leiters der Danziger Delegation die harte Tatsache, daß die polnische Regierung die Verhandlungen über die Versorgung Danzigs mit Lebensmitteln nur fortsetzen will, wenn Danzig auf die polnischen Forderungen, über die wir bereits berichteten, Zugeständnisse macht. Da der Senat sich im Interesse des Danziger Wirtschaftslebens zu einem Entgegenkommen auf die in ihren Ausmaßen unbegrenzten Forderungen Polens nicht verstehen kann, steht er sich auf der anderen Seite in einer außerordentlich kritischen Ernährungsnot. Um den Bedarf an Brot und Kartoffeln sicher zu stellen, sollen nun Ankäufe im Auslande erfolgen, wozu Mittel im Betrage von etwa 40 Millionen erforderlich sein werden. Finanzsenator Volkmann machte dem Hause in einer Erklärung einige Vorschläge, wie diese außerordentlichen Mittel aufzubringen wären. Ueber diese Pläne wird zu reden sein, wenn die betreffenden Vorlagen des Senats dem Hause vorliegen. Das Vorgehen Polens erfährt durch den Genossen Gohl eine treffende Brandmarkung und wies er besonders die polnischen Abgeordneten daraufhin, wie sehr auch die polnischsprechende Bevölkerung Danzigs unter diesen brutalisierenden Maßnahmen zu leiden haben wird. Unter den zahlreichen polnischen Verleumdungen den Freistaat Danzig wirtschaftlich und politisch vollständig unter Polens Willen zu beugen, ist die angeforderte polnische Auslieferung sicher noch nicht der letzte, wenn auch der fühlbarste. Immerhin zeigt auch dieses Vorgehen Polens, daß der Völkerverbund alle Veranlassung hat, den Danzig angeforderten Schutz nunmehr endlich in positiver Form zu verwirklichen. In der weiteren Verhandlung des Volkstages kamen kleinere Vorlagen zur Beratung und Verabschiedung.

Vollzeitsbericht vom 9. März 1921. Festgenommen: 8 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Trunkenheit und groben Ungehors, 1 zur Festnahme aufgegeben, 3 in Polizeihast. — Obdachlos: 1 Person.

Danziger Stadttheater.

In der gestrigen „Fidelio“-Aufführung sang Franz Hahn vom Landestheater in Reutheilig den Pizarro auf Anstellung, ohne daß die Hoffnung, in ihm einen vollwertigen Vertreter des Heldenbaritonfaches für unsere Oper zu gewinnen, irgendwie Anlaß geboten hätte. Die sonst wohlgebildete Stimme von weit mehr lyrischen als heldischem Charakter bringt nur in den oberen Lagen Möglichkeit zu charakterisierendem Entfalten, unten ist so gut wie nichts vorhanden. Darstellerisch kam er nicht über eine gewisse Abblöckheit hinaus und fesselte weder durch eine persönliche Auffassung der Rolle noch durch Nuancenreichtum, jedoch er, obwohl ich im allgemeinen kein Freund von Vergleichen bin, in dieser Hinsicht an Fritz Bergmanns Leistung bei weitem nicht hinanreichte. Was das Verhältnis des Gastes zu den übrigen Darstellern betrifft, war er ihnen kaum ebenbürtig; von der überragenden Leistung Olga Biskops (Fidelio) schon gar nicht zu sprechen. Denn Dr. Friedrich Schrader sang seinen Kerkerteiler gestern ganz ausgezeichnet, und auch Elise Witzgraf, die die Partie der Margarete für Hildegard Baumann übernommen hatte, war in Gesang und Spiel frisch und anmutig, wie die Aufführung unter Otto Selbergs Leitung auch sonst einen ungewohnt guten Eindruck hinterließ. W. D.

Standesamt vom 9. März 1921.

Todesfälle: Schläge der 3. Masch.-Gem.-Komp. Inf.-Regt. 268 Paul Clemens Kikas, 26 J. 9 M. — Tochter des Gildwerthführers Friedrich Genzel, 6 M. — Frau Maria Schmidt geb. Buchinowski, 67 J. 2 M. — Bekker und Fuhrhalter Anton Wulff, 61 J. 3 M. — Witwe Juliana Rudnik geb. Wid, 76 J. 3 M. — Arbeiter Friedrich Anget, 28 J. 11 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Deutsche Mark: (Auszahl 7.) 7,62 (am Vorgabe 7,30)
Dollars: 63 1/2 (62)
Englische Pfund: 249 (240)

Wasserstandsrichten am 9. März 1921.

	gestern heute	gestern heute
Jawisch	2,12	2,44
Worshau	2,64	2,40
Thorn	2,42	2,92
Carbon	2,00	2,94
Polm	1,38	2,70
Oradung	2,00	2,54
Kurzbrack	2,35	—
Montaurepibe	1,80	2,20
Dieckel	1,94	2,28

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volke, für den Danziger Nachrichtenrat und die Unterhaltungsbeilage Friedrich Weber, beide in Danzig; für die Anzeigen Bruno Gwerc in Oliva. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

**Konzer. der holländischen Kammerfängerin
Zegers de Beyl.**

Die Frau des Arma-Gesäßes Reichmann zum Tode der Fama... (text continues with details of the concert and the artist's background)

Konze... (text continues with further details about the concert and the artist's performance)

Nahrungsmittelanmeldung der Umgezogenen. Alle Personen im Besitz von Nahrungsmitteln... (text continues with regulations for food items)

1. August 1920 umgezogen sind, ohne der Nahrungsmittelanmeldung... (text continues with regulations for food items)

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

1. Bei der Beschäftigung dieser Kategorie sind die von der größten... (text continues with specific measures for employment)

2. Bei der Beschäftigung dieser Kategorie sind die von der größten... (text continues with specific measures for employment)

3. Bei der Beschäftigung dieser Kategorie sind die von der größten... (text continues with specific measures for employment)

ein entsprechender Teil dieser Kategorie an geeignete andere... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

4. Die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Verwaltungen... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

7. Allen Kurzarbeitern in der bei der verfürzten Arbeitszeit... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

8. Die Beschäftigung des Baugewerbes durch Verwirklichung öffentlicher Mittel... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen... (text continues with discussion on unemployment and government measures)

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Grille“

Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei schönem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Niederlassung Danzig, Hohes Tor, Tel. 1777.

Ferner Baltropa, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. - Telegr.-Adr.: Baltropa. - Telefon 1736.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 9. März 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten A 1
Im Gasthof zum Schwanen
Ein Lustspiel in vier Akten von Paul Feyerabend
Spielleitung: Franz Frede, Inspektion: Emil Werner
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr, Dauerkarten B 1
„Holländischer Bräutigam“ von Landestheater in
Köln. Musik v. G. „Der fliegende Holländer“
Freitag, abends 7 Uhr, Dauerkarten C 1
„La Traviata“.
Sonnabend, abends 7 Uhr, Dauerkarten D 1
„Die Bodeme“.
Sonntag, abends 7 Uhr, Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. „Uraufführung“ „Der Liebesbasiliskus“
„Mittelalterliche Burleske in drei Akten von Heinrich
Binder und Otto Matth. Musik von Fritz Binder.“

Hotel Danziger Hof
Wintergarten
jeden Donnerstag 5-Uhr-Tea moderne Tanz-
vorführungen
abends Reunion (375)
jeden Sonnabend Reunion zwanglose Tänze
Sonntags ab 1 Uhr mittags
Tafelmusik Kapelle Steffi.

Institut für Zahnleidende
Telefon 2621. Pfefferstadt 71! Nähe Bahnhof.
Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen; Zahnrestauration mit und ohne
in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen.
Zahnersatz mit und ohne
Caucusplatte aller Systeme.
Reparaturen, Umarbeitungen schnellstens.
M.B. Kostenberechnung.
Sprechzeit 8-7, Sonntag 9-12. (3346)

UT Licht-Spiele
Nur noch heute u. morgen
4-8 Uhr nachm
Jugend-Vorführungen
zu halben Preisen
auch für Erwachsene.
1. Sturmwind an der
Silberküste
2. Bei einem Bienenwatter
3. Reck'waren
4. Der kleine Mack
Märchen in 5 Bildern.
Um 6 und 8 Uhr.
Das große Programm
Ab 11. März:
Der Mann
ohne Namen
I. Teil. (3772)

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Hosiner u. Dachtl: Paul Baumgarten.
Kunstleitung: Dir. Sigmund Kanstadt
Heute Mittwoch, den 9. März
Anfang 7 Uhr Anfang
„Der ersten Liebe goldene Zeit“
Morgen Donnerstag, den 10. März
„Frau Bärbel“
des „Schwarzwalddädel“, 2. Teil.
Vorverkauf findet statt v. 10-11 Uhr nur
im Drama-Haus Langgasse 69, 70 statt.
Sonntags 9-12 Uhr a. d. Theaterkasse
Nach Schluß der Vorstellung
Fahrtverbindungen nach allen Richtungen
in den Partier-Kärrnen
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Lichtbild-Theater
III. Damm 3.
Spielplan vom 9. bis 11. 3. 21
Der Abenteurer von Paris
Großer Abenteuer- und Detektivroman in
6 Akten mit Friedrich Zelasko (3763)
Können Gedanken lesen?
(Geisteslesee Menschen)
Ein großes nordisches Drama in 6 spann. Akten.
Erstklassige Künstlerbesetzung

Altfeisen, Metalle, Knochen, Lampen
kauft (3660)
Guti Danziger & Co.
Tel. 65 0107, Tel. 65
Zoppoter Straße 76.
Wir holen alles ab.

Speiseerbsen u. weiße Bohnen, Reis, Safran I, weiß amerik. Weizenmehl, Kaffee, Tee, Kakao, Pflaumen u. M. schobst, Weizenhartgries, Seifen, vergibt ab Lager Danzig, offeriert preiswert (3770)
Rudolf Brank, Sopsengasse Nr. 29.

Einen Weltruf verdient Legionka
Tabak, heller Virginia
mild, bekömmlich, billig
Überall erhältlich!

GARBÁTY
Stets Qualität!

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzig, farblich gedruckte humoristisch-jährliche Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 40 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Kundengruppen

Goldfarbiger Kautabak, Stange 1.50 Mk., frisch eingetroffen. Wiedererk. Kab. Carl Conrad vorm. Reiter, Klau, Altstadt, Graben 100, Ecke Dr. Mühlengasse. (3631)

Genossen, Leser und Gefinnungsfreunde
Geschäfte, die nicht in
Eurer Zeitung infizieren, verzichten auf
Eure Kundenschaft! Berücksichtigt daher bei
Euren Einkäufen
nur die
Publizisten der
„Sozialer Volkstimme“.

Danziger Schaumweine:
Aycke Trocken · Aycke Gold · Aycke Cabinet
Der Verkauf beginnt Mitte März 1921
Vorbestellungen nimmt entgegen: P. J. Aycke & Co. Nachf., Schaumweinhellerel
Inhaber: Alexander Czech, Danzig. (3687)